

TERRORISMUS

Von Berlin nach Bagram

Ein Anfang Mai in Südafghanistan festgenommener Islamist, der von 2005 bis Herbst 2010 in Berlin wohnte, plante nach Erkenntnissen von US-Geheimdiensten einen Selbstmordanschlag auf ein Regierungsgebäude in der Provinz Zabul. Deutschen Behörden war der Marokkaner Mohammed A. schon 2009 wegen seiner engen Kontakte zu gewaltbereiten Islamisten in Deutschland aufgefallen. Die Behörden führten ihn als „Gefährder“. Im Herbst 2010 musste er Deutschland verlassen, weil sein Aufenthaltstitel erloschen war. Der 30-Jährige reiste mit einem weiteren Berliner Islamisten in Richtung Pakistan, wurde in der Türkei festgenommen, später aber wieder freigelassen. Am 8. Mai wurde er bei einer US-Kommandoaktion in Zabul gefasst, zehn weitere Kämpfer wurden dabei getötet. Seitdem sitzt er als Unterstützer des Terror-Netzwerks al-Qaida im Militärgefängnis auf der US-Basis Bagram nördlich von Kabul.



US-Soldaten in Afghanistan



Vulkanausbruch auf Island

ASCHEWOLKE

Ramsauer fordert europaweiten Grenzwert

Die vorübergehenden Flughafenschließungen in Bremen, Hamburg und Berlin waren überflüssig. „Das Prognosemodell hat die Aschewolke einfach zu weit im Süden vermutet“, sagt Konradin Weber, Professor für Umweltmesstechnik an der Fachhochschule Düsseldorf. Die Aschemengen, die sein Team mit einem Messflugzeug ermittelte, lagen um den Faktor zehn unter den Prognosen. Ergebnisse des Forschungszentrums Jülich bestätigen das. „Dennoch

waren die Schließungen richtig, weil man am letzten Mittwoch noch nicht wusste, wie weit das Modell danebenlag“, so Weber. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer rechtfertigt das Vorgehen: „Jedes Risiko ist auszuschließen. Das heißt: Lieber eine Schließung zu viel als eine zu wenig.“ Nun wolle er sich für die europäische Harmonisierung der Grenzwerte einsetzen: „Bis heute ist Frankreich nicht bereit, sich dem Konsens anzuschließen, dass ab einer Verunreinigung von zwei Milligramm Vulkanasche in der Luft nicht mehr geflogen werden darf.“ Ramsauer will das ändern. Am 16. Juni möchte er das Thema beim Treffen der EU-Verkehrsminister in Luxemburg auf die Tagesordnung setzen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

„Absurdes System“



Wolfgang Kubicki, 59, FDP-Fraktionschef im Kieler Landtag, über die drohende Haushaltsnotlage im nördlichsten Bundesland

SPIEGEL: Seit vergangener Woche ist es offiziell: Schleswig-Holstein gehört mit Bremen, dem Saarland und Berlin zu den ärmsten Schluckern in Deutschland. Der Stabilitätsrat hat festgestellt, dass diesen Bundesländern eine Haushaltsnotlage droht. Hat Sie das überrascht?

Kubicki: Überhaupt nicht. Schon seit Jahren beklage ich die desolote Haushaltslage des Landes, die uns die Vorgängerregierungen eingebrockt haben. Bei einem strukturellen Haushaltsdefi-

zit von 1,3 Milliarden Euro jährlich und einem Schuldenberg von 27 Milliarden Euro, der bis 2020 – trotz aller Sparmaßnahmen – auf rund 33 Milliarden wachsen wird, musste man damit rechnen, dass der Stabilitätsrat so entscheiden würde. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass er festgestellt hat, dass die schwarz-gelbe Koalition mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 bereits begonnen hat umzusteuern.

SPIEGEL: Offenbar nicht scharf genug. Der Stabilitätsrat verlangt weitere Anstrengungen in den folgenden Jahren, die in einem bis 2015 reichenden Sanierungsprogramm aufgelistet werden sollen. Was sollte da drinstehen?

Kubicki: Wir werden nicht umhinkommen, uns weiter einzuschränken – so wie wir das beim beitragsfreien Kitajahr schon gemacht haben. Das betrifft beispielsweise die einzelbetriebliche Förderung. Die Geberländer im Länderfinanzausgleich sind jedenfalls nicht mehr bereit, in den Nehmerlän-

dern Dinge zu finanzieren, die sie ihren eigenen Bürgern vorenthalten.

SPIEGEL: Was passiert, wenn trotz aller Anstrengungen die Neuverschuldung steigt?

Kubicki: Das darf und wird nicht passieren. Aber spielen wir es mal durch: Dann streicht der Bund die zugesagten Konsolidierungshilfen für den Landeshaushalt, stolze 80 Millionen Euro pro Jahr ...

SPIEGEL: ... und verschlimmert die Krankheit, die er mit der Sanktion lindern will.

Kubicki: So kann man das sehen. Es ist ein absurdes System, hat aber dennoch eine gewisse Logik.

SPIEGEL: Welche?

Kubicki: Es kettet alle Beteiligten fest aneinander. Die Länder müssen sparen, dass es quietscht – und der Bund muss bis 2020 auf jedwede Steuersenkung verzichten, die zu Lasten der Länder geht. Sonst ist die Schuldenbremse wirkungslos, und die Karre fährt an die Wand.